Zeitschrift: Zeitschrift für pädagogische Historiographie

Herausgeber: Pädagogische Hochschule Zürich

Band: 15 (2009)

Heft: 2

Artikel: Hemmschuh Humboldt oder : Warum scheitert die Hochschulreform? : Universitäre Neuordnungsversuche zwischen Sputnik-Schock und Bologna-Prozess (1957-2009)

Autor: Rohstock, Anne

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-901746

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hemmschuh Humboldt oder Warum scheitert die Hochschulreform?

Universitäre Neuordnungsversuche zwischen Sputnik-Schock und Bologna-Prozess (1957–2009)

(Red.). In der Diskussion über die Reform der Hochschulen wird in eigentümlicher Manier immer wieder auf Humboldt und dessen Universitätsideal verwiesen. Dieser Rekurs soll zwar als historisch-normativer «Benchmark» dienen, erweist sich aber bei genauerer Analyse als verhältnismässig inhaltsleerer Topos. Dieser kann fast beliebig den unterschiedlichen Erwartungen angepasst werden, die mit dem «Mythos Humboldt» erfolgreich als Bollwerke gegen notwendige Innovationen im Hochschulbereich funktionieren.

■ Anne Rohstock

Warum scheitert die Hochschulreform?

«Die deutschen Hochschulen zu erneuern», so lautet ein beliebtes Bonmot, «ist so schwierig, wie einen Friedhof zu verlegen und dabei auf die Mitarbeit der Belegschaft zu setzen.»[1] Entkleidet man die spöttelnde Anspielung ihrer «Gruftrhetorik», bleibt etwas mehr als das sprichwörtliche Körnchen Wahrheit übrig: Gemessen an den hochfliegenden Reformvorhaben der letzten 60 Jahre haben sich die Hochschulen der Bundesrepublik tatsächlich erstaunlich wenig verändert. Nicht nur sind die Universitäten institutionell und ideell der vermeintlich nationalen Tradition noch immer enger verhaftet als potenziell ebenso Identität stiftenden Selbstbildern.[2] Auch in ihrer Neuordnungsbereitschaft orientiert sich die Hochschule des 21. Jahrhunderts bezeichnenderweise an Reformen, die nunmehr 200 Jahre zurückliegen. Die Universitätskonzeption Wilhelm von Humboldts ist der akademischen Zunft dabei ebenso unumstrittenes wie unerreichtes Ideal, das sie als Gegenentwurf zur vermeintlich blinden Rationalisierungs- und Ökonomisierungswut der Politik erfolgreich etabliert.[3]

In der aktuellen und über weite Strecken erstaunlich ahistorisch geführten Debatte über die Reform der Hochschulen ist dabei eines fast völlig in Vergessenheit geraten: Der Rekurs auf Humboldt ist mittlerweile selbst zu einem festen Bestandteil der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte der Bundesrepublik geworden. Die Berufung auf den preussischen Reformer diente zwischen Sputnik-Schock (1957) und Bologna-Reform (ab 1999) immer wieder der Verteidigung des Elfenbeinturmes gegenüber der wachsenden Einflusssphäre von Politik und Wirtschaft – und zwar sowohl von konservativer wie von linksliberaler Seite.

In einem ersten Schritt gilt es zunächst, einige Schlaglichter auf die universitären Neuordnungsversuche der vergangenen 60 Jahre und die in ihrem Kontext geführten Debatten zu werfen. Nicht nur gleichen sich die Diskussionen über die «Krise» der Universitäten in «Bonn» und «Bologna» bis ins Detail. Auch die politischen Reaktionen auf die Krise und die Abwehrhaltung der Universitäten gegenüber Reformen der Politik ähneln sich so auffallend, dass sich unweigerlich die Frage stellt, warum diese augenfälligen Parallelen nicht häufiger thematisiert werden. Möglicherweise sind die Vorläufer des heutigen Hochschulreformprozesses schlicht in Vergessenheit geraten; möglicherweise werden sie aber auch ganz bewusst nicht benannt, weil sich aus einer mit der notwendigen historischen Tiefenschärfe geführten Diskussion fast zwangsläufig unbequeme Fragen ergäben. Gerade deswegen ist der Brückenschlag zwischen Bonn und Bologna aber enorm wichtig: Denn die ansatzweise bereits heute zu leistende Historisierung der Hochschulreformen in der Bundesrepublik kann helfen, Akteure, Motive und Inhalte der Neuordnungsbemühungen in ihrem Kontext besser zu erfassen.

In einem zweiten Schritt soll diskutiert werden, warum trotz intensiver Debatten eine Reform letztlich ausblieb. Die Hochschulen, so die These, haben sich Wilhelm von Humboldt bzw. seine zum geschichtlichen Monument geronnene Idee der Universität für die eigenen Ziele und Zwecke nutzbar zu machen und gegen eine politische Reform der Hochschulen zu instrumentalisieren gewusst. Die Prinzipien dieser «Humboldtschen Universität» sind zwar letztlich nie umgesetzt geworden. Als Fiktion und Mythos haben sie dennoch so grosse Wirkungsmacht entfaltet, dass sie einer tiefgreifenden Reform des deutschen Hochschulwesens bis heute entgegenstehen.

1. 60 Jahre Hochschulreformdiskussion

Die Erfindung Humboldts in den 1950er-Jahren

Wie die Freiburger Historikerin Sylvia Paletschek in ihrer Habilitationsschrift hinreichend deutlich gemacht hat, ist die «Humboldtsche Universitätsidee» bzw. die vermeintlich auf ihr gründende Universitätsreform des frühen 19. Jahrhunderts letztlich das Resultat einer ziel- und zweckgerichteten «permanenten Erfindung einer Tradition» (Paletschek 2001a, 2002). In den 1920er-Jahren entwickelt, erlebte sie nach 1945 so etwas wie eine erste Blütezeit. Keine Geringeren als die einflussreichen Gelehrten Helmut Schelsky, Karl Jaspers und Eduard Spranger verhalfen dem «Mythos Humboldt» zum Aufstieg und verliehen ihm seine bis heute nachwirkende Prägekraft.[4] Dahinter stand in der noch jungen Bundesrepublik zum einen die Absicht, der unrühmlichen Rolle, die die Universitäten und viele Hochschullehrer in der NS-Diktatur gespielt hatten, ein positives, scheinbar über Jahrhunderte gewachsenes und deswegen legitimierend wirkendes Idealbild gegenüberzustellen.[5] Zum anderen konnte man damit auch gegenüber den Besatzungsmächten und den sich konstituierenden Landesparlamenten ein deutliches Zeichen setzen: Der Rekurs auf die alte Humboldtsche Maxime, der zufolge der Staat am meisten von seinen Universitäten profitiere, wenn er sich nicht in sie einmische (vgl. Hammerstein 2007), enthielt mit Blick auf die jüngste deutsche Vergangenheit nicht nur ein Bekenntnis für die Freiheit der Wissenschaft, sondern wies gleichzeitig potenzielle politische Reformambitionen in die Schranken. Der Nationalsozialismus habe gezeigt, so die Argumentation, wohin die politische Indienstnahme von Hochschulen und Wissenschaft führen könne; künftig habe sich die Alma mater deswegen von ausseruniversitären Einflüssen weitestgehend frei zu halten und ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Zu wirklich fundamentalen Reformen führte das in der Folgezeit aber nicht. Erste Neuordnungsversuche, wie sie im «Blauen Gutachten» des Jahres 1948, den Marburger Hochschulgesprächen und in den Reformempfehlungen des Oberaudorfer Kreises in den 1950er-Jahren anklangen, verliefen fast vollständig im Sande (vgl. Heinemann/Chroust 1996).

Von Bonn nach Bologna – Die Universität in der «Dauerkrise»

Erst der Sputnik-Schock des Jahres 1957, sodann die seit Ende der 1950er-Jahre zu beobachtende Entwicklung der Universität hin zur Massenhochschule sowie der in diesem Kontext wachsende Reformdruck aus gesellschaftlichen Kreisen führten in den frühen 1960er-Jahren zu einer erstaunlich kontrovers geführten Debatte um die künftige Neuordnung der Hochschulen. Sie ist in vielerlei Hinsicht mit der Diskussion um den Bologna-Prozess zu vergleichen und weist frappierende Ähnlichkeiten auf.

In welchen Punkten treffen sich die Reformdiskurse? Erstens machten bzw. machen sowohl die in der Reformdebatte engagierten Zeitgenossen der 1960er-Jahre als auch heutige Kommentatoren des Bologna-Prozesses eine «Krise» der Universitäten aus. Schon der von der Geschichtswissenschaft immer wieder attestierte Fortschrittsoptimismus der 1960er-Jahre war nämlich keineswegs ungebrochen, sondern trug auch zukunftspessimistische Züge.[6] Dem Machbarkeitsglauben der Zeit stand auf diese Weise eine vermeintlich tiefe «Misere» der Universitäten gegenüber: Sie war im Prinzip eine fünffache und gründete auf der scheinbaren Rückständigkeit im internationalen Bildungswettlauf, einem von den Zeitgenossen beobachteten *Brain Drain* und einem eklatanten Akademikermangel, dem angeblich wachsenden Ansehensverlust der deutschen Universität durch steigende Ausländerquoten sowie der Überfüllung der Hörsäle aufgrund drastisch angestiegener Studienzeiten (vgl. Rohstock Druck in Vorbereitung).

Will man einer Publikation aus dem Jahr 2007 Glauben schenken, ist auch die heutige «Krise» eine mehrdimensionale: «Zentralproblem der deutschen Universitäten in der heraufkommenden Wissensgesellschaft», schrieb der Politikwissenschaftler Wolfgang Bergsdorf vor knapp zwei Jahren, «ist ihre vierfache Herausforderung durch Überlast, durch zu lange Studienzeiten, durch schrumpfende staatliche Finanzierung und durch den verschärften internationalen Wettbewerb» (Bergsdorf 2007, S. 50f.). Sieht man einmal von dem – wenngleich zentralen – Problem der Finanzen ab, lassen sich hier also durchaus Parallelen zu der Krisenperzeption vor rund 40 Jahren ziehen. Wird der Katalog um die Tatsache ergänzt, dass an den Universitäten der Bundesrepublik heute Professoren aus anderen Ländern Mangelware sind, scheint auch das «Ausländerproblem» kein alleiniges Signum der Vergangenheit zu sein.[7] Und schliesslich füllen die täglichen, fast apokalyptisch anmutenden Meldungen über den «Exodus» einer wachsenden Zahl hochqualifizierter Wissenschaftler ins gelobte Forscherland USA auch heute noch die Seiten der Tages- und Wochenzeitungen.[8]

Besonders augenfällig sind die Ähnlichkeiten der beiden «Krisendiskurse» von gestern und heute aber vor allem in einem Punkt: der vermeintlichen Studierunfähigkeit eines Grossteils der in die Hochschulen strömenden jungen Menschen. Diese Klage zieht sich im Grunde genommen wie ein roter Faden durch die Jahrhunderte: Bereits 1788 schimpfte der Rektor der Universität Halle über die «Dummheit» der Studenten, die alle an «Studiersucht» litten und sich aus den falschen Kreisen rekrutierten; Bismarck beschwor die Gefahr einer Überfüllung der Hochschulen und prophezeite die Entstehung eines «akademischen Proletariats» und in den letzten 100 Jahren geriet die Universität in den Augen so manchen Professors schon einmal zu einer «Wärmehalle der Dummen».[9] Mit dem Einsetzen der Bil-

dungsexpansion in den 1960er-Jahren erlebte die Klage über die angeblich ungenügenden geistigen Fähigkeiten der Studenten noch einmal enormen Auftrieb. Jetzt war vom «Brotstudenten» die Rede, der vielen Professoren weder intellektuell in der Lage noch willig schien, die ihm durch die «Humboldtsche Universität» gewährte akademische Freiheit zur umfassenden Selbstbildung zu nutzen. Bekannte Hochschullehrer, wie etwa der Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz Jürgen Fischer, der Göttinger Germanist Walther Killy oder der Rektor der Justus-Liebig-Universität in Giessen machten Anfang der 1960er-Jahre eine «bedrohliche geistige Verarmung» der Studierenden aus, warfen den angehenden Akademikern vor, dass sie die Freiheit des Studiums «ruinierten» und «missbrauchten» und identifizierten insgesamt einen neuen «mittleren» Studententypus, der die Universität zur Befriedigung seines sozialen Geltungsbedürfnisses, nicht aber zur Charakter- und Individualbildung nutze (Rostock Druck in Vorbereitung). Die Gründe für die vermeintliche Veränderung im Studierverhalten lieferte die gegenwartsbezogene Forschung – insbesondere die Sozialforschung und die Psychologie. Wissenschaftliche Studien diagnostizierten angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels wachsende Verunsicherung bei den Studenten und beobachteten das gehäufte Auftreten psychischer Störungen und «pathogenen Verhaltens» (Dörner 1963). Die Ungewissheit der Zukunft steigerte diesen Analysen zufolge das Sekuritätsbedürfnis der Jugend, die nun primär die Bänke der Hörsäle zu drücken schien, um die eigene, materielle Existenz zu sichern. Politisches Engagement, nonkonformistisches Verhalten und die Fähigkeit, Kritik zu artikulieren, gerieten demgegenüber zu Tugenden einer längst vergangenen Zeit. Die Nachkriegsgeneration präsentierte sich den Zeitgenossen desinteressiert, konsumorientiert und angepasst (Habermas/Friedeburg/Oehler/Weltz 1967).

Die Thesen dieser zeitgenössischen Forschungsarbeiten sind bis heute kaum angezweifelt worden. Erst in jüngster Zeit setzt in der Zeitgeschichte eine Diskussion ein, die die vielfältigen wissenschaftlichen Deutungszuschreibungen, angefangen vom vermeintlichen jugendlichen Konformismus der frühen 1960er- bis zum konstatierten Wertewandel in den 1970er-Jahren, selbst zu historisieren versucht (vgl. etwa Siegfried 2006; Schildt/Siegfried 2006). Die in der Debatte engagierten Historiker sehen den Vorteil solcher zeitgenössischer Analysen für die Geschichtswissenschaft vor allem in ihrem Kontextbezug und damit in der Tatsache, dass die gegenwartsnahe Interpretation bestimmter Phänomene als Spiegel historischer gesellschaftlicher Problemlagen dienen kann. Als Quellen für die Geschichtswissenschaft von enormem Interesse, sind solche zeitgenössischen Angebote zur Kennzeichnung politischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit als wissenschaftliche Deutungsmuster jedoch wenig geeignet (vgl. Doering-Manteuffel/Raphael 2008). So wissen wir heute, dass die Jugend der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre keineswegs so unpolitisch war, wie das die Zeitgenossen argwöhnten.[10] Denn die Erscheinungsformen des Politischen erlebten – ebenso wie die Gesellschaft selbst – einen radikalen Wandel, der aufgrund seiner Dynamik und Offenheit mit der relativen Statik und Geschlossenheit des zeitgenössischen Erfahrungshorizonts gar nicht zu fassen war.

Sicherlich ist es noch zu früh, auch die heutige Debatte über die vermeintliche Studierunfähigkeit der studentischen Jugend zu historisieren. Trotzdem muss sich die in den Gazetten landauf und landab diskutierte und von Hochschullehrern angefachte Auseinandersetzung über die vermeintliche «Labilität» der Studenten, ihre «Teilnahmslosigkeit» und «politische Uninteressiertheit»[11] den Einwand gefallen lassen, dass hier möglicherweise weniger die zukünftige Akademikergeneration adäquat beschrieben als unwillentlich ein bezeichnender Einblick in die Mentalität der jetzigen Akademikerschaft geliefert wird. Zu einem grossen Teil in den Universitäten der späten 1960er- und 1970er-Jahre sozialisiert, knüpfen Hochschullehrer heute bei der Beurteilung ihrer Studenten fast zwangsläufig an eigene Erfahrungen in den inneruniversitären politischen Auseinandersetzungen der Jahre 1967 folgende an. Wenn sich aber schon in vergangenen Hochschullehrergenerationen das von den Humboldtschen Ideen geprägte Idealbild des sich frei und selbstständig bildenden Studenten nicht mit der Wirklichkeit vertrug, müssen die Studierenden aus dem Erfahrungshorizont der heutigen Professorenschaft heraus sogar als genaues Gegenteil des eigenen Bildungsziels erscheinen. Das gilt umso mehr, als die Forderungen der «1968er» in gewisser Weise auch als Radikalisierung des Humboldtschen Gedankens der Persönlichkeitswerdung durch ganzheitliche und verwertungsfreie Bildung gelesen werden können. Zugespitzt formuliert verhindert also «Humboldt» als kultureller Wert und Selbstbildgeber einen ungetrübten Blick der Professorenschaft auf die heutige Studentengeneration. Die Kluft zwischen dem Bildungsideal und der wahrgenommenen Wirklichkeit tut sich auf diese Weise von Generation zu Generation nicht nur immer wieder von neuem auf, sondern scheint zu bestimmten Zeiten sogar unüberbrückbar. Dabei gibt es durchaus Stimmen, die bereits heute die gängigen Vorwürfe gegen die Studenten zurückweisen: Dem vermeintlichen politischen Desinteresse der Studenten stehen Untersuchungen gegenüber, die den angehenden Akademikern bescheinigen, gesellschaftlich engagierter, politisch «linker» und weniger angepasst zu sein als der Bevölkerungsdurchschnitt.[12]

Konsequenzen aus der «Krise»: politische Reforminitiativen

Die überaus ähnlichen politischen Antworten auf diese von den jeweiligen Zeitgenossen ausgemachte «Krise» können als zweites Indiz für den erstaun-

lichen Gleichklang der Hochschuldebatte in Vergangenheit und Gegenwart dienen. Bereits der Politik der 1960er-Jahre war vor den neuen Herausforderungen der Moderne an einer raschen Modernisierung der Hochschulen gelegen. Der enorme Wissenszuwachs aufgrund des rasanten technischen Fortschritts stellte die Einheit der Universität zugunsten ihrer Spezialisierung in Frage. Rationalisierung, Effizienzsteigerung und Planung hiessen die Zauberworte der Stunde, die vor allen Dingen die Sozialdemokraten in Bund und Ländern im Munde führten.[13] Neben die Modernisierung traten in den 1960er-Jahren zudem Vorschläge zur Verkürzung der Verweildauer an den Universitäten, die neben rigiden Einschnitten in die akademische Freiheit der Studierenden letztlich auf eine Zweiteilung des klassischen einheitlichen Universitätsstudiums hinausliefen. In seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen aus dem Jahr 1966 forderte der Wissenschaftsrat ein viereinhalbjähriges, straff strukturiertes Basisstudium, an das die wissenschaftlich Begabten ein zweijähriges Aufbaustudium anschliessen sollten (vgl. Bartz 2005). Damit reagierte man auf zweierlei: die viel beklagte Studierunfähigkeit der Abiturienten und den enormen Studentenansturm. Der wurde zwar politisch durchaus begrüsst, stellte aber die Strukturen der alten Universität nachhaltig in Frage.

Zum Verwechseln ähnlich liest sich die heutige politische Reformagenda: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulstandorts durch Rationalisierung und Ökonomisierung des gesamten universitären Betriebs stehen dort ebenso an vorderster Stelle wie die Zweiteilung des Studiums bzw. die Einführung neuer berufsqualifizierender Abschlüsse wie Bachelor und Master.[14]

Der Reformwiderstand der Universitäten und seine Begründung

Beide Reformen wurden und werden – drittens – von heftigen Reaktionen weiter akademischer Kreise begleitet. In ihrer Argumentation nahezu identisch, trafen bzw. treffen die politischen Neuordnungsversuche auf die Ablehnung einer ganzen Reihe von Universitätsmitgliedern, insbesondere Hochschullehrern. Machten in den 1960er-Jahren Konservative wie Linksliberale gleichermassen gegen die «Ökonomisierung» der Universitäten Front (Rohstock, Druck in Vorbereitung), prägt auch nach Meinung der heutigen Reform-Gegner das «neoliberale Denken der Unternehmensberater» das konzeptionelle Denken der Hochschulpolitiker viel zu stark (Bollenbeck/Saadhoff 2007). Wo der vermeintlich wirtschaftliche Ausverkauf der Universitäten kein Thema ist, machten und machen die «Konterreformer» einen rigorosen Dirigismus der politisch Verantwortlichen aus. Wurden in den 1960er-Jahren gestandene Sozialdemokraten von Hochschullehrern schon einmal in eine Reihe mit Wissenschaftspolitikern der beiden deutschen Diktaturen gestellt, sehen in der Globalisierungsdebatte erprobte «Anti-Bologner» heute manchmal sogar einer «Gleichschaltung» durch die EU Platz greifen (Eckardt 2005). Damals wie heute bildet darüber hinaus die angebliche «Amerikanisierung» der Universitäten, das heisst die scheinbar unkritische Übertragung angloamerikanischer Modelle auf die historisch gewachsenen deutschen Hochschulen, einen der strittigsten Punkte in der gesamten Debatte. Der Allgemeine Fakultätentag markierte vor kurzem mit seiner Erklärung wider die «Amerikanisierung des deutschen Hochschulwesens» einen vorläufigen Höhepunkt in der harsch geführten Diskussion.[15]

Was viele der Reformgegner den Neuordnungsversuchen entgegenzusetzen haben, lässt sich in sechs Punkten zusammenfassen: die Einheit von Forschung und Lehre, die Freiheit von Forschung und Lehre, die Bewahrung der Funktion der Universität als Forschungsstätte, die Annahme, dass sittliche Menschenbildung durch Wissenschaft möglich sei, die Einheit der Disziplinen in einer Universität sowie die übergeordnete und einigende Rolle, die die Philosophie bzw. die Philosophische Fakultät in der Alma mater zu spielen habe (Paletschek 2001b). Dieser Kanon entspricht der neuhumanistischen Universitätsidee – sieht man einmal davon ab, dass die «Humboldtsche Universität» mancherorts bereits zu einem bloss inhaltsleeren Schlagwort verkommen ist, das beliebig mit Reformwünschen aufgefüllt werden kann.

An diesem Ideal ist natürlich zunächst einmal nichts auszusetzen. Gleichwohl gilt heute das, was der langjährige Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Ludwig Raiser, bereits in den 1960er-Jahren formulierte: Er hielt die Nachdrücklichkeit, mit der die Hochschulen das «Humboldtsche Universitätsideal als für ihre ganze Arbeit verpflichtend» bezeichneten, für einen «manchmal auch ein wenig verlogenen Pathos».[16] Dass dieser Vorwurf in mehrfacher Hinsicht gerechtfertigt ist, sollen einige Beispiele verdeutlichen.

2. Die «Humboldtsche Universität»: Fiktion, Freiheit, Flucht

Humboldt zum Ersten: Die Einheit von Forschung und Lehre – Nicht mehr als eine Fiktion

Spätestens seit der Entwicklung der einstigen Elitebildungsinstitution hin zur Massenausbildungsstätte ist die viel beschworene Einheit von Forschung und Lehre eine reine Fiktion (vgl. Schwarz 1964; Herbert 2009). Obwohl seit Jahrzehnten immer mehr Studierende die Universität als berufliche Ausbildungsstätte rekrutieren, nur noch die wenigsten an einer akademischen Karriere interessiert sind und das Verhältnis zwischen Studenten und Professoren schon rein quantitativ gesehen eine gemeinsame Diskussion der laufenden Forschungsarbeiten in den Hörsälen vielerorts unmöglich macht, wenden sich weite akademische Kreise gegen eine

Zweiteilung des Studiums, mit dem die Politik auf die neuen Herausforderungen der Massenuniversität reagiert (DIE ZEIT Nr. 18 vom 23.4.2009). Gegen gleich lautende Reformforderungen des Wissenschaftsrats aus dem Jahr 1966, die angeblich auf eine den Humboldtschen Idealen widersprechende Reglementierung und Verschulung des Studiums sowie die Herabsetzung der Allgemeinbildung bei gleichzeitiger Überbetonung von Lehre und Spezialisierung hinausliefen, nahm eine Vielzahl von Hochschullehrern Stellung (Schöne 1966; vgl. auch Müller Seidel 1966; Beumann 1966; Scheuerl 1966). Der regelrechte Widerstand der Universitäten führte letztlich dazu, dass die Reform nicht umgesetzt werden konnte, obwohl sie vor allem in der Politik starke Befürworter hatte.

Auch heute wird ähnlich massive Kritik an der Einführung gestufter Studiengänge laut. Wie schon in den 1960er-Jahren stehen Konservative und Linksliberale für den Erhalt der Humboldtschen Ideale, insbesondere die Einheit von Forschung und Lehre, die Zweckfreiheit des Studiums sowie «produktive Umwege» der Studierenden ein: Während Verteidiger des Leistungsgedankens durch die Einführung verkürzter Studienzeiten einem «Schmalspurstudium» und einer Nivellierung des akademischen Niveaus den Weg bereitet sehen[17], beschwören andere die Gefahr der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der wissenschaftlichen Ausbildung (Schily 2007). «Bachelor macht dumm», pointierten vor kurzem die Politikwissenschaftler Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr eine von vielen Hochschullehrern vertretene Meinung und stilisierten den neuen Abschluss sogar zu einem «bildungspolitischen Verbrechen» an jungen Menschen.[18]

Diese Koalition aus Linksliberalen und Konservativen war aber nicht die einzige merkwürdige Allianz, die die «Konterreformer» im Kampf gegen Bologna schmiedeten. Gerne zitierte die unter Berufung auf Humboldt stets auf ihre ökonomische Unabhängigkeit pochende Hochschullehrerschaft Stimmen aus Industrie und Wirtschaft, die angeblich zunächst mit den neuen Abschlüssen gar nichts anzufangen wussten (Bollenbeck/Saadhoff 2007, S. 25). Mit Schadenfreude nahm man auch Berichte auf, denen zufolge der deutsche Bachelor in Amerika keine Anerkennung gefunden habe.[19] Solche Kassandrarufe wurden zwar spätestens mit dem unverhohlenen Interesse der USA an dem europäischen Reformprozess[20] und der sich schnell auf die neuen Abschlüsse einstellenden Wirtschaft ad absurdum geführt.[21] Letztlich behielt das alte Humboldtsche Universitätsideal aber auch in diesem Punkt die Oberhand: Die Studienreform war negativ besetzt worden, bevor man ihre Folgen überhaupt abschätzen konnte.[22]

Dass die Umsetzung des Reformprozesses trotzdem in Gang gekommen ist, mag angesichts dieser massiven Kritik erstaunen. Zu erklären ist das aber vor allen Dingen damit, dass die Politik ihren primär nationalstaatlichen Reformprozess extern, das heisst europäisch zu legitimieren wusste und damit die Hochschulen zur Verwirklichung der Reform gewissermassen zwang. Nicht der Wille zur Reform, sondern vor allem der europäische Anpassungsdruck setzte hier ein deutliches Zeichen (Bascherus 2007). Strukturelle Neuerungen im Hochschulbereich, das zeigt im Übrigen auch die Diskussion um die Fachhochschulen in den 1960er-Jahren, haben vor allem dann eine Chance, wenn sie von internationalen *pressure groups* – in der Vergangenheit die EWG, heute die EU – unterstützt werden. Die Politik hat das erkannt: So versucht sie die Einführung der gestuften Studienstruktur, die sich eng an den Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus dem Jahr 1966 orientiert und ebenso wie in anderen Ländern mit der «Bolognaerklärung» in einem allenfalls lockeren Konnex steht, positiv zu konnotieren – deswegen wird häufiger auf den vermeintlich amerikanischen Paten der Reform verwiesen als auf die rund 40 Jahre alte Konzeption des Expertengremiums oder gleich lautende Empfehlungen aus den «bleiernen» 1980er-Jahren (ebd.).

Humboldt zum Zweiten: Die Freiheit der Forschung – Freiheit vor Rechtfertigungsdruck

Auch die Berufung auf die Freiheit der Forschung dient nicht nur dem Erhalt der zweckfreien Wissenschaft, sondern der Verteidigung von Einflusssphären gegenüber dem Staat. Das in dieser Hinsicht immer wieder gepriesene Vorbild USA, wo die Idee Humboldts vermeintlich viel reiner als in Deutschland mit seinem der staatlichen Gängelung unterworfenen Hochschulwesen habe verwirklicht werden können, ist wenig mehr als ein vorgeschütztes Argument. So hat zum einen die Wirtschaft in den USA mehr mitzureden, als dass die Rede von den den Hochschulen wohlgesonnenen Alumnis in den *Boards of Trustees* zunächst nahe legt. Titel wie *Der Ausverkauf der Universität* (Warde 2001) oder *College for sale* (Shumar 1997) zeugen zumindest davon, dass nicht alle amerikanischen Hochschullehrer die Freiheit der Wissenschaft gesichert sehen. Zum anderen mag zwar der staatliche Einfluss in den USA geringer sein. Allerdings sind es auch und gerade staatliche Universitäten wie Berkeley, die den Sprung an die Weltspitze schafften. Viele der Elitebildungsinstitutionen, etwa die Privathochschule Stanford oder die staatliche University of California in San Diego sind zudem nicht, wie beispielsweise Harvard, in den letzten 200, sondern in den letzten 50 Jahren gewachsen.[23] Wenig älter als so manche ehemalige Gesamthochschule in Deutschland, hatten sie kaum Zeit, ihren Aufstieg im internationalen Hochschulranking durch Traditionen zu begründen. Und noch ein letzter Punkt ist zu berücksichtigen: Der geringere staatliche Zugriff geht in den USA einher mit einer starken Stellung des Präsidenten.[24] Dessen Amt wird zwar nach und nach auch in Deutschland eingeführt: Die überaus kontroversen Auseinandersetzungen über die Verlängerung der Amtszeit des Rektors in den 1960er-Jahren und die

Umsetzung der Präsidialverfassung in den 1970er-Jahren zeugen aber davon, dass diese Konzeption in der Bundesrepublik lange Zeit ebenfalls nicht konsensfähig war (Rohstock Druck in Vorbereitung). Auf diese Weise unterliegt die viel gelobte amerikanische Variante des deutschen Exportschlagers Humboldt in der Bundesrepublik einer bewusst selektiven Wahrnehmung. Das transatlantische Vorbild wird dabei nicht nur in seiner Andersartigkeit verleugnet, sondern oftmals sogar ganz zielgerichtet «regermanisiert».

Darüber hinaus ist die Freiheit der Forschung, die vor allem als Unabhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Verwertungszusammenhängen interpretiert wird, in dieser Form auch in der Bundesrepublik seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Nicht nur bezogen Institutsdirektoren schon in den 1960er-Jahren steigende finanzielle Zuwendungen aufgrund ausseruniversitärer Dienstleistungen.[25] Auch die Zahl der aus Drittmitteln finanzierten Forschungen steigt seit Jahrzehnten stetig an.[26] Paradoxerweise sind die Verteidiger der Forschungsfreiheit aber vor allen Dingen in den Reihen der Geisteswissenschaftler zu finden, also in jenen Disziplinen, die im Vergleich zu den Natur- und Technikwissenschaften zu weitaus geringeren Teilen aus Politik, Wirtschaft und Industrie alimentiert werden.[27] Die Verteidigung der Forschungsfreiheit resultiert also vor allem aus einem wachsenden Rechtfertigungsdruck, dem die Geisteswissenschaften seit Jahren ausgesetzt sind und dem sie sich nur in wenigen Fällen stellen wollen. Für die Germanistik hat Waltraud Wende vor kurzem klar formuliert, dass es «herzlich wenig» nutze, Fächer, die als gesellschaftlich nicht mehr relevant eingestuft würden, mit dem Hinweis auf das Wahre, Gute und Schöne legitimieren zu wollen, denn damit beeindrucke man allenfalls Gleichgesinnte. Statt sich weiter hinter dem Humboldtschen Ideal der Forschungsfreiheit zu verstecken, täten die Geisteswissenschaften gut daran, sich auf eine neuerliche Debatte über ihre Daseinsberechtigung einzulassen (Wende 2007).

Humboldt zum Dritten: Die Universität als Forschungsstätte – Flucht vor der Lehre

Auch das an Humboldt orientierte Argument, die Universitäten dürften nicht zu blossen Lehranstalten verkommen, sondern müssten weiterhin Forschung betreiben können, ist nicht nur genauso alt wie die Massenuniversität, sondern wird bis heute als Argument gegen politische Reformen bemüht. Fürchteten bereits die Zeitgenossen in den 1960er- und 1970er-Jahren, dass die Politik die Forschung nach und nach aus den Universitäten auslagern und diese dann in finanzstarken ausseruniversitären Institutionen eine neue Heimat finden werde, wird diese Angst auch von Hochschullehrern heute artikuliert. Wenngleich die Befürchtungen nicht ganz ungerechtfertigt sind – man bedenke etwa die herausragende Stellung, die die Max-Planck-Institute im internationalen Vergleich einnehmen – ist es eben nicht die Forschung, sondern die Lehre, die in den Hochschulen heute am meisten vernachlässigt wird. Wie der Freiburger Historiker Ulrich Herbert vor kurzem in der Wochenzeitung *Die Zeit* herausstellte, lenke die der traditionsreichen Kritik an der Moderne entspringende und viel zitierte «Krise der Geisteswissenschaften» von den eigentlichen Problemen der Universität ab. Der massiven Klage über die vermeintliche finanzielle Marginalisierung der Forschung stehen nach Herbert erstaunlich konstante Etats, in einigen Fällen sogar deutlich erhöhte Budgets entgegen. Demgegenüber sei ein nicht geringer Teil der Lehre «tatsächlich verrottet». Angesichts von Hauptseminaren mit bis zu 150 Teilnehmern, didaktischer Ignoranz und der Vermittlung höchst zweifelhaften «Wissens» – so lerne der Student an der Universität vor allem, wie er sich mit dem kleinst möglichen Aufwand «durchschlagen» könne – sei das eigentliche Wunder der deutschen Alma mater, dass die besten 25 Prozent ihrer Absolventen im internationalen Vergleich trotz allem mithielten (DIE ZEIT Nr. 36 vom 30.8.2007).

Die Verteidigung des Forschungsauftrags und das immer wieder angeführte Plädoyer für die Einheit von Forschung und Lehre erscheinen angesichts solcher Missstände in den Hörsälen in einem neuen Licht. Offensichtlich dient der Rekurs auf eine vermeintlich historisch gewachsene Tradition vor allem dazu, die Vernachlässigung der Lehre zugunsten der Forschung zu legitimieren. Anders ausgedrückt illustriert die menetekelhafte Beschwörung dieser Humboldtschen Prinzipien letztlich nichts anderes als die Unlust zahlreicher Hochschullehrer, in die «Niederungen des akademischen Alltags» – sprich: die Seminare und Hörsäle – hinab zu steigen. Zugegeben: Angesichts der katastrophalen personellen Situation an den Hochschulen, den drastisch wachsenden Aufgaben der Lehrenden durch Evaluierungen, Gutachten und Verwaltungsarbeit und der steigenden Erwartungshaltung der Politik bei gleichzeitig restriktivem Finanzgebaren ist dieser Unwillen durchaus nachvollziehbar. Die Tatsache aber, dass weite Teile der Akademikerschaft bereits im «Goldenen Zeitalter» (Hobsbawm 1995) der 1960er-Jahre vehement für den Verbleib der Wissenschaft in den Hochschulen und die Einheit von Forschung und Lehre stritten, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass weniger die Versäumnisse der Politik als vielmehr das Selbstverständnis der Universität als Wissenschafts- und Forschungsstätte eine gute Lehre verhindert.[28] Erst vor kurzem hat der Wissenschaftsrat in teils sehr deutlichen Worten daran erinnert, dass die primäre Identifikation von Professoren über Forschungsleistungen in drastischem Gegensatz zum Ausbildungsauftrag der Universität und den Erfordernissen der Lehre steht. Diesen Ansprüchen genügten viele der professoralen Autodidakten schon aufgrund ihrer Qualifikation in der Wissensvermittlung nicht.[29]

Hemmschuh Humboldt oder Deswegen scheitert die Hochschulreform

Angesichts dieser Beharrungskraft traditioneller kultureller Selbstbilder stehen die Chancen zur Verwirklichung der jüngsten Modernisierungs- und Europäisierungsbemühungen des deutschen Hochschulwesens denkbar schlecht. Der Rekurs auf Wilhelm von Humboldt ist zu einer lange erprobten und bewährten «Allzweckwaffe» geworden und dient als solche vor allem der Abwehr politisch initiierter, unliebsamer Reformen (Paletschek 2001a, S. 103). Seine Wirkungsmächtigkeit entfaltet das Humboldt-Argument dabei vor allem durch die Fähigkeit zur Modifikation und Anpassung an die jeweilige gesellschaftliche Realität. Indem die Humboldtschen Ideale mit je anderen Akzenten immer wieder neu erfunden werden, prägen sie eine Vorstellung von der Universität, die letztlich viel wirkungsmächtiger ist als die universitäre Realität selbst. «Diese Tradition», führte der liberale Politiker und Publizist Ralf Dahrendorf deswegen bereits vor rund 45 Jahren aus, «ist so einfach nicht, wie es manche derer wollen, die sie gern beschwören; sie ist vor allem so alt nicht, wie diejenigen es gern sähen, die im Namen der Tradition jede Veränderung der Gegenwart unterbinden möchten» (Dahrendorf 1964). Oder anders formuliert: Letztlich muss «Humboldt» als Ideal, Argument und Instrument selbst als der grösste Hemmschuh einer tiefgreifenden und notwendigen Reform des deutschen Hochschulwesens gelten.

Anmerkungen

1 Neues Leben auf dem Friedhof. In: Die ZEIT Nr. 42 (2002).
2 Wie sie etwa in der Vision eines geeinten europäischen Hochschulraums zum Ausdruck kommen.
3 Vgl. den überwiegend apologetischen Charakter der Humboldt-Rekurse in Bollenbeck/Wende 2007.
4 So der Titel eines Sammelbandes von Ash 1999.
5 Zunächst wurde der Rückgriff auf die so genannte Humboldtsche Universitätsidee noch ergänzt durch den Rekurs auf Abendland und Universitas (Schwartz 2007).
6 Das hat zuletzt Hans Günter Hockerts deutlich herausgestellt (Hockerts 2006).
7 Eine Studie der Humboldtstiftung, der Hochschulrektorenkonferenz und des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) kam 2008 zu dem Schluss, dass nur sechs Prozent der Professoren an den deutschen Universitäten aus dem Ausland stammten, davon die Mehrheit aus der Schweiz und Österreich. Zum Vergleich: An der ETH-Zürich etwa beträgt der Ausländeranteil bei Professoren rund 40 bis 50 Prozent (vgl. Deutsche bleiben unter sich. In: Der Spiegel vom 28.11.2008).
8 So etwa eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2008 (vgl. Fachkräftestudie. Deutschland droht der «Brain Drain». In: Der Spiegel vom 25.2.2008; Schöner Forschen. Eine Studie zeigt, warum deutsche Wissenschaftler ins Ausland abwandern. In: Die Zeit online http://www.zeit.de/2002/25/200225_c-braindrain_xml?page=all [21. April 2009]).
9 Die Vergangenheit wird idealisiert. Ein Gespräch mit dem Berliner Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth über wissbegierige Studenten, müde Professoren und den «Humboldtschen Geist». In: DIE ZEIT Nr. 18 vom 23.4.2009.
10 Vgl. als ersten Ansatz Spix 2008.
11 Fortschritt schlägt Politik. Familie, Karriere, Sicherheit: Was Studenten von heute wirklich wichtig ist – eine Studie liefert überraschende Erkenntnisse. In: Focus Nr. 10 (2009); Studie: Viele Studierende «teilnahmslos». In: Tagesspiegel vom 2.3.2009; «Das gibt ein gutes Gefühl». In: Tagesspiegel vom 20.5.2009.
12 So sind sie. Die zehn gängigsten Vorurteile über Studenten – und was Forschung und Statistik dazu sagen. In: ZEIT-online vom 23.4.2009 [1. Juni 2009].
13 Vgl. dazu insbesondere Metzler 2005.
14 http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/1999/gemerkl.pdf [19. April 2009]; http://www.bmbf.de/pub/umsetzung_bologna_prozess_2007_09.pdf [19. April 2009]
15 http://www.zeit.de/2000/52/200052_antireformer_xml?page=all [21. April 2009]
16 Schreiben Ludwig Raisers an den Tübinger Universitätsdozenten W. Ernst vom 22.3.1967 (Bayerisches Wirtschaftsarchiv K9/2788).
17 Vgl. insbesondere die Debatte um die Einführung von Bachelor-Studiengängen in der Medizin (Operation Bachelor. In: Die ZEIT Nr. 25 vom 10.6.2009).
18 Bachelor macht dumm! (taz vom 8.11.2006).
19 Deutscher Bachelor in Amerika nicht anerkannt (FAZ vom 12.10.2004).
20 Bologna in Amerika (FAZ vom 27.5.2009).
21 IHK-Umfrage zeigt: Bachelor kommt gut an (FAZ vom 21.2.2008); Jobeinstieg leicht gemacht (DIE ZEIT Nr. 22 vom 4.9.2008); «Der Bachelor ist ein vernünftiger Abschluss» (DIE ZEIT Nr. 18 vom 27.4.2009).
22 Macht Studieren dumm? (Die ZEIT Nr. 18 vom 23.4.2009).
23 Die Zeit Nr. 42 (2005) sowie http://www.zeit.de/2006/04/C-Elite-USA?page=all [21. April 2009]
24 http://www.zeit.de/2004/03/B-Eliteuni?page=all [21. April 2009]
25 http://www.academics.de/wissenschaft/das_maerchen_vom_forscherparadies_11069.html [2. Juni 2009]
26 Allein in den Geisteswissenschaften hat sich seit 1990 der Anteil der Drittmittelfinanzierung verdreifacht (vgl. Herbert 2009).
27 http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de/downloads/texte/at_281205_was%20wir%20wollen.pdf [2. Juni 2009]
28 Stiefkind der Hochschulen (DIE ZEIT-online vom 23.10.2008 [1. Juni 2009])
29 Geld allein reicht nicht (DIE ZEIT-online vom 23.10.2008 [1. Juni 2009])

Literatur

Ash, Mitchell G.: Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Böhlau 1999

Banscherus, Ulf: Die deutsche Studienreformdiskussion und der Bologna-Prozess. In: Georg Bollenbeck/Waltraud Wende (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007, S. 71–88

Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung in der Bundesrepublik Deutschland 1957–1975. Diss. Köln 2005

Bergsdorf, Wolfgang: Der Weg der Universitäten aus der Krise. In: Georg Bollenbeck/Waltraud Wende (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007, S. 49–52

Beumann, Helmut: Dialog zwischen Florestan und Eusebius. In: Die Welt vom 1.10.1966

Bollenbeck, Georg/Saadhoff, Jens: Humboldts Tod. Über die Effekte der Hochschulreform. In: Georg Bollenbeck/Waltraud Wende (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007, S. 11–30

Bollenbeck, Georg/Wende, Waltraud (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007

Dahrendorf, Ralf: Traditionen der deutschen Universität. In: DIE ZEIT Nr. 38 vom 18.9.1964

Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008

Dörner, Klaus: Bildungshumanismus und gesellschaftliches Verhalten der Studenten. In: DUZ 7(1963), S. 16–23

Eckardt, Philipp: Der Bologna-Prozess. Entstehung, Strukturen und Ziele der europäischen Hochschulreformpolitik. Norderstedt 2005

Habermas, Jürgen/Friedeburg, Ludwig von/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten. Neuwied/Berlin 1967

Hammerstein, Notker: Hochschulreformziele an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 1945–1949. In: Andreas Franzmann/Barbara Wolbring (Hrsg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Frankfurt am Main 2007, S. 13–34

Heinemann, Manfred/Chroust, Peter (Hrsg.): Vom Studium Generale zur Hochschulreform. Die «Oberaudorfer Gespräche» als Forum gewerkschaftlicher Hochschulpolitik 1950–1968. Berlin 1996

Herbert, Ulrich: Bürokratie des Kreativen. Perspektiven und Desiderate der Förderpolitik für die Geisteswissenschaften. In: zeitenblicke 8, Nr. 1, http://www.zeitenblicke.de/2009/1/herbert/index_html [09.04.2009]

Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1995

Hockerts, Hans Günter: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära. In: Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 5: 1966–1974. Baden-Baden 2006, S. 3–155

Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005

Müller Seidel, Walter: Universität ohne prägende Idee. Der Studienreformplan des Wissenschaftsrats huldigt einem reinen Pragmatismus. In: Bayerische Staatszeitung vom 16.9.1966

Paletschek, Sylvia (2001a): Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Stuttgart 2001

Paletschek, Sylvia (2001b): Verbreitet sich ein Humboldtsches Modell an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert? In: Christoph Schwinges (Hrsg.): Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert. Basel 2001, S. 75–104

Paletschek, Sylvia: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historische Anthropologie 10(2002), S. 183–205

Rohstock, Anne: Von der ‹Ordinarienuniversität› zur ‹Revolutionszentrale›? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976. Druck in Vorbereitung

Scheuerl, Hans: Zur Diskussion um die Studienreform. Die Studien-Revolution findet nicht statt. In: Handelsblatt vom 28./29.10.1966

Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980. Oxford: Berghahn Books 2006

Schily, Konrad: Die Internationalisierung und Europäisierung der deutschen Hochschulen. In: Georg Bollenbeck/Waltraud Wende (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007, S. 53–61

Schöne, Wolfgang: Kampf um die deutsche Universität. Streitschrift anlässlich der am 14. Mai 1966 verabschiedeten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hamburg 1966

Schwartz, Christina: Erfindet sich die Hochschule neu? Selbstbilder und Zukunftsvorstellungen in den westdeutschen Rektoratsreden 1945–1950. In: Andreas Franzmann/Barbara Wolbring (Hrsg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Frankfurt am Main 2007, S. 47–60

Schwarz, Hans-Peter: Neue Gedanken zur Hochschulreform. In: Christ und Welt. Sondernummer vom 24.5.1964

Shumar, Wesley: College for Sale. A Critique of the Commodification of Higher Education. London/Washington: Routledge 1997

Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen 2006

Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Essen 2008

Warde, Ibrahim: Der Ausverkauf der Universität. In: Le Monde Diplomatique, März 2001, S. 22

Wende, Waltraud: Wozu Germanistik? Der Bolognaprozess als Chance für längst überfällige Modernisierungsprozesse. In: Georg Bollenbeck/Waltraud Wende (Hrsg.): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Heidelberg 2007, S. 105–121